

„Welchen Ordnungsrahmen braucht unsere veränderte Welt?“

Hat Angela Merkel mit ihrer Davoser Rede die Diskussion über eine globale Perestroika eröffnet? Es geht um die Wende von der marktradikalen zu einer Ökosozialen Weltmarktwirtschaft

Es reicht nicht, wenn inzwischen in sehr vielen UNO-Dokumenten sehr vernünftige Grundsätze, Ziele und Maßnahmen für eine nachhaltige und menschenwürdige Entwicklung stehen. Getreu dem Kästner-Satz „Es gibt nichts Gutes, es sei denn man tut es“ zählt nur, was davon umgesetzt wird. Unübersehbar klafft genau hier an der Schwelle zum hinlänglichen Handeln angesichts der globalen Klimaveränderung, angesichts der wachsenden Wohlstandskluft und angesichts vieler weiterer globalen Herausforderungen eine höchst gefährliche Lücke. Die Kluft zwischen Handlungserfordernissen auf der einen Seite und Handlungsfähigkeit und Handlungsgeschwindigkeit auf der anderen erweitert sich immer mehr.

Zum neuen großen beherrschenden Thema der Menschheit in den nächsten Jahren muss daher werden: Mit welchem globalen Ordnungsrahmen können die *richtigen Ziele* (Effektivitätsfrage) überhaupt und dann noch *möglichst effizient* erreicht werden? Die neue Bundeskanzlerin Angela Merkel stellte genau diese Schlüsselfrage in den Mittelpunkt ihrer Eröffnungsrede zum diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos: „Welchen Ordnungsrahmen braucht eine veränderte Welt?“

Mehr noch, sie kündigte an, diese Frage beim G-8-Gipfel 2007 in Deutschland zum zentralen Thema zu erheben, denn: „Wenn wir diese Frage nicht schlüssig beantworten, wenn wir diesbezüglich keine Einigung finden, dann werden sich neue, schwere soziale und andere Verwerfungen entwickeln, für deren Folgen wir dann alle verantwortlich sind“, so Frau Merkel in Davos. Für den Mut, die Systemfrage zu stellen für einen globalen Ordnungsrahmen, der ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Anliegen ins Gleichgewicht bringt und gleichzeitig auch die dafür erforderliche Handlungsfähigkeit schafft, dafür gebührt Frau Merkel Respekt. Vielleicht hatte sie diesen Mut, weil sie die Segnungen eines analogen Mutes für eine durchaus analoge Perestroika hautnah erlebte. Heute geht es um die neue Perestroika, die Wende der marktradikalen Weltwirtschaft zur Ökosozialen Weltmarktwirtschaft, die Wende vom freien Handel zum fairen Handel.

Das historische Zeitfenster für eine solche Diskussion ist jetzt aufgetan. Wie weit es geöffnet werden kann und zu welchen Ergebnissen dies führt, hängt ganz entscheidend davon ab, wie klug wir diese Gelegenheit nun beim Schopfe packen. Geht die marktradikale, in vieler Hinsicht zerstörerische Trunkenheit tatsächlich jetzt zu Ende? Wo steht die neue Bundesregierung und ihre Chefin in dieser Frage?

Kanzlerin Merkel erinnerte in Davos dazu an das Erfolgskonzept der sozialen Marktwirtschaft. Sie zitierte Ludwig Erhard, der 1948 sagte: „Die Verbindung zwischen Freiheit und Verantwortung bedarf der Ordnung.“ Die Soziale Marktwirtschaft habe die Aufgabe, alle Menschen in die Lage zu versetzen, möglichst viel Freiheit in Verantwortung wahrnehmen zu können und „eigene Kraft und den Staat als ordnende Kraft“ in ein dynamisches Gleichgewicht zu bringen. Der „Anspruch dieser bahnbrechenden Idee“ als „erfolgreichste und menschenwürdigste Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die es je gegeben hat“, bedürfe jetzt einer „internationalen Dimension der Sozialen Marktwirtschaft“. Die „Neue Soziale Marktwirtschaft“, die Frau Merkel hier anführt, wäre, so interpretiert, die Extension der Idee der Sozialen Marktwirtschaft auf den Globus in Reaktion auf die gefährlichen Verwerfungen einer ungenügenden Gestaltung der Globalisierung.

Dies ist ein wertvoller Pflock im Ringen der konkurrierenden Konzepte einer „freien“ marktradikalen Wirtschaftsform und einer Ökosozialen Marktwirtschaft als Ordnungsrahmen der Weltökonomie. Mit folgendem Argument kann Europa in dieser Diskussion in alle Richtungen bestens bestehen: Der Markt erwies sich als bestes Wundermittel für Kreativität und Effizienz. Je überzeugender die ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen auf globaler Ebene festgelegt werden, desto mehr Sinn macht es, hierfür das effizienteste Mittel einzusetzen, also die Marktkräfte. Mit dieser Argumentationslinie können nicht nur ökologisch und sozial orientierte Menschen ausgezeichnet leben, sondern auch die Wirtschaft, solange nur die Rahmenbedingungen der Ökonomie stimmen. Je mehr Menschen aus allen Sektoren der Gesellschaft sich in diesem Ordnungsmodell wieder finden können, desto größer die Hoffnung, dass es sich durchsetzen kann.

Was wären die konkreten notwendigen Handlungsschritte für eine solche Globalisierung der Ökosozialen Marktwirtschaft?

Einen zentralen Schritt hat Frau Merkel ebenfalls benannt: Bei der heute wichtigsten Organisation für den Ordnungsrahmen der Weltwirtschaft, der Welthandelsorganisation (WTO), müssen alle anderen wichtigen globalen Standards von der Weltarbeitsorganisation (ILO) über die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) bis zum UN-Umweltprogramm (UNEP) und den UNESCO-Vereinbarungen über den Schutz der kulturellen Vielfalt schlüssig integriert werden. Dies gilt ebenso für den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank. In der sperrigen Expertensprache heißt dies: kohärente Global Governance. In der Zivilgesellschaft wurde die WTO oft als Feindbild gesehen. Dabei wurde übersehen: Die WTO ist heute die einzige Organisation in der Welt, die ihre Standards wirkungsvoll durchsetzen kann, auch gegenüber den mächtigsten Staaten.

Der berechtigte Kritikpunkt gegenüber der WTO war immer, dass sie völlig einseitig nur Standards zur weiteren Liberalisierung der Weltmärkte vertritt. Frau Merkel rief nun jedoch dazu auf, dieses Manko zu überwinden. Wenn die WTO tatsächlich in die Richtung reformiert werden kann, dass sie künftig Freihandels-, ökologische und soziale Standards in aufeinander abgestimmter Weise vorantreibt und mit ihren empfindlichen Sanktionsmöglichkeiten durchsetzt, dann hätte dies tatsächlich Veränderungspotential in der Dimension einer globalen Perestroika.

Wir wären damit dem Grundkonzept für die erfolgreichen Erweiterungsprozesse der Europäischen Union – dem bisher einzigen wirklich funktionierenden Globalisierungsmodell – sehr nahe gekommen: stufenweise Durchsetzung von ökosozialen und demokratischen Standards verknüpft mit Kofinanzierung der erforderlichen Anpassungsentwicklungen zu diesen Standards. Denn ohne Kofinanzierung können die ärmeren Länder nicht zustimmen, ihren oft wichtigsten Wettbewerbsvorteil, nämlich das Unterlaufen der Standards der reichen Welt (z.B. Verbot der Kinderarbeit) aufzugeben. An dieser Stelle blieb Frau Merkel eher vage, auch wenn sie die notwendige Erhöhung der staatlichen Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts der Industrieländer bekräftigte. Auf jeden Fall ist dies ein Schritt in die richtige Richtung.

Das schlüssigste Gesamtkonzept, um eine weltweite Bewegung und Entwicklung zu einer globalen Ökosozialen Marktwirtschaft in Gang zu bringen und zum Erfolg zu führen, bietet derzeit die Global Marshall Plan Initiative. Sie nahm sich fünf strategische Ziele vor:

- Durchsetzung der weltweit vereinbarten Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2015

- Aufbringung von zusätzlich 100 Mrd. US-Dollar jährlich, die zur Erreichung der Millenniumsziele erforderlich sind (die EU sagte davon ein Drittel zu)
- Faire und wettbewerbsneutrale Aufbringung der benötigten Mittel auch über die Belastung globaler Transaktionen
- Schrittweise Realisierung einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft durch Etablierung eines besseren Ordnungsrahmens der Weltökonomie z.B. über die Verknüpfung etablierter Regelwerke und vereinbarter Standards für Wirtschaft, Umwelt und Soziales (WTO, UNEP, UNDP, ILO, UNESCO, IFW, Weltbank)
- Neuartige Formen basisorientierter Mittelverwendung bei gleichzeitiger Bekämpfung von Korruption und Förderung von Good Governance

Durch die Bemühungen der „Make Poverty History“-Kampagne zum des G-8-Gipfels in Gleneagles im vergangenen Jahr kam die Weltgemeinschaft bezüglich den ersten beiden Zielen ein wesentliches Stück voran: Dank Bono und Co. sind durch acht synchrone „Give 8“-Weltkonzerte die Millenniumsziele – fünf Jahre nach ihrer einvernehmlichen Beschlussfassung durch alle UN-Mitgliedsländer – in das Bewusstsein einer breiten Weltöffentlichkeit gedrungen. Dazu korrespondierend haben die G-8-Staaten die Zusagen für ihre Finanzierungsbeiträge für die Millenniumsziele der Armutsüberwindung und einer nachhaltigen Entwicklung deutlich erhöht. Doch noch immer ist und bleibt auch die Finanzierungslücke drastisch.

Mit Blick auf die angespannte Haushaltslage auch in den Industrieländern schlug die Global Marshall Plan Initiative daher den Einstieg in eine eigenständige Besteuerung globaler Transaktionen wie eine Tobin-Tax auf Finanztransaktionen oder eine Terra-Tax auf den Welthandel vor. Die dadurch gewonnenen Gelder sollten ausschließlich für einen Global Marshall Plan zur Umsetzung der Millenniumsziele eingesetzt werden. Die weiterhin amtierende Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul begrüßte diese Idee erstmals im März 2005 und der damalige Bundeskanzler Schröder forderte wenige Wochen später beim Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hannover genau solche Steuern, die ganz bewusst völlig unabhängig von den nationalen Haushalten erhoben und eingesetzt werden sollten. Diesen Gedanken sollte die neue Bundeskanzlerin Merkel fortführen und in ihren Vorschlags- und Forderungskatalog für den nächsten G-8-Gipfel als Eckpunkt aufnehmen, wobei dies nicht nur die Entwicklungsförderung verbessert, sondern zugleich den kleinen und mittleren Unternehmen in den Industrieländern im Vergleich zu den Global Playern helfen würde.

Die Etablierung eines neuen Ordnungsrahmens für die Weltökonomie erachtete die Global Marshall Plan Initiative als das Herzstück ihrer Vorschläge, aber auch als das voraussichtlich schwerste Stück an Überzeugungsarbeit. Besonders hilfreich war es daher, dass ausgerechnet ein Wirtschaftsverband, der Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA), sich dieses Ziel auf die Fahnen schrieb und seit der Regierungsbildung mehrere Briefe an alle Parteivorsitzenden und alle Kabinettsmitglieder sandte mit der Botschaft: Globalisierungsgestaltung muss zum neuen zentralen Politikschwerpunkt werden, sie muss Chefsache werden. Gespräche mit führenden Politikern aller Parteien ließen erfreulicherweise eine breite Zustimmung zu dieser Forderung zu Tage treten. Matthias Platzeck von der zweiten Regierungspartei unterstützte diese Gedanken beim SPD-Wirtschaftsempfang im Dezember 2005. Der Autor war bei dieser Veranstaltung als Präsident des BWA eingeladen, die Festrede zu halten. Der BWA und alle anderen Mitträgerorganisationen der Global Marshall Plan Initiative begrüßen die bei allen Parteien deutlich werdende Aufgeschlossenheit für dieses Thema.

Zum Thema effiziente und möglichst korruptionsfreie Mittelverwendung bereitet die Global Marshall Plan Initiative derzeit ein Buch vor von kreativen Vor- und Querdenkern, das in

Kürze erscheinen wird. Auch dort werden mehrere Vorschläge zu finden sein, die bisher nicht oder kaum in der Diskussion waren. So sollten viel mehr als bisher Projekte gefördert werden, die eine selbstbestimmte Entwicklungskompetenz fördern, zum Beispiel durch Kleinkreditprojekte oder Entwicklungsschulen.

Die Initiative für einen Global Marshall Plan kommt relativ gut voran. Durch die Rede der Bundeskanzlerin in Davos kann die Initiative ihre Zugkraft erheblich ausweiten. Die Global Marshall Plan Initiative hat bereits unter Beweis gestellt, dass ihre Überlegungen und Forderungen von Attac-Anhängern bis zu Wirtschaftsverbänden, von Organisationen des Handwerks bis zur Weltorganisation der jungen Unternehmer, von kritischen Jugendorganisationen bis zu AIESEC, der größten Studentenorganisation, vom Club of Rome bis zum Club of Budapest und vom Ökosozialen Forum Europa und dem Terra One World Network bis zur Goi Peace Foundation in Japan mitgetragen und in einem konstruktiven offenen Diskussionsprozess gemeinsam weiterentwickelt werden können. Von der erfolgreichen Fortführung dieses begonnenen Prozesses wird es abhängen, ob wir tatsächlich eine weltweite Diskussion über einen nachhaltigen und humanen Ordnungsrahmen für die Globalisierung erhalten werden. Ernst Ulrich von Weizsäcker belegte diesen Prozess mit keiner geringeren Vokabel als einer „neuen globalen Aufklärung“. Erst wenn genügend Menschen eine klare Vorstellung davon entwickelt haben, welche Gestalt von Globalisierung sie haben wollen, und erst wenn diese Vorstellung von breiten Schichten aus allen Sektoren der Gesellschaft als gemeinsamer Wille erkannt wird, besteht eine reelle Chance, dass historische Zeitfenster sich nicht wieder nach einiger Zeit ungenutzt schließen werden. Die vor uns liegenden Risiken sind erheblich, aber die Chancen auch.

Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher
Präsident des Bundesverbands für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA)

28.01.2006

Gastkommentar erscheint in „natur & kosmos“ <http://www.natur.de/>